



Rede von Kai-Uwe Gaida
Vorsitzender des Personalrates
der Stadt Essen
bei der Kundgebung
zum Streiktag
am 26. Februar 2025
am Hirschlandplatz in Essen

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen heute hier zusammen, weil die öffentlichen Arbeitgeber die Zeichen
der Zeit nicht erkennen!

Ich rede jetzt mal über das konstruktive Angebot der Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde:

..... *Stille*

So, sind wir damit auch fertig.

Kolleginnen und Kollegen, wir halten diesen Staat am Laufen – in Kitas, in Schulen, in der Verwaltung, im Gesundheitswesen und vielen weiteren Bereichen.

Ohne uns wird nichts funktionieren!

Und trotzdem müssen wir jedes Mal aufs Neue für faire Bedingungen kämpfen.
Was soll das???

Wir fordern mehr Urlaub. drei Tage plus einen nur für Gewerkschaftsmitglieder
Nicht, weil wir faul sind und nur länger am Strand liegen wollen.

Nein, wir brauchen mehr Urlaub, weil wir 280.000 Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst gefragt haben, wie es ihnen geht.

56 % der Belegschaften sagen:

Wir schaffen diese Schlagzahl nicht bis zur Rente!

Das heißt: Wir brauchen Erholungszeit!

Zur Regeneration.

Damit wir gesund bleiben und arbeiten können.

Weniger Ausfälle - und der Job kann geschafft werden.

Das muss doch eigentlich im Interesse der Arbeitgeber sein!

Oder das „Meine-Zeit-Konto“.

Ich will selbst entscheiden, ob ich Gehaltserhöhungen in ein Zeitkonto buche und mir frei nehme, wenn ich z.B. Erholung brauche.

Und wieder: Eigentlich müsste das im Interesse der Arbeitgeber sein!

Die sagen: So was geht gar nicht.

Wir haben **Fachkräftemangel**.

Die Arbeit von 4 zusätzlichen freien Tagen muss doch von irgendwem erledigt werden.

Stimmt.

In Essen:

4 Tage x 9.000 Beschäftigte = 36.000 Tage

= 160 zusätzliche Mitarbeiter/innen

Ja, dann stellt die doch ein!

Das kann doch nicht unser Problem sein.

Fachkräfte bleiben auch Mangelware, wenn man sich jedesmal bei Verbesserungen für die Beschäftigten so verachtend anstellt.

Die kommen dann nämlich nicht!

Wir machen uns doch schon den Kopf der Arbeitgeber.

Es geht um die Sicherung des öffentlichen Dienstes!

Das schnallen die leider nicht, Kolleginnen und Kollegen!

Besonders die kommunalen Arbeitgeber verweigern alles.

Präsidentin der kommunalen Arbeitgeber-Verbände ist wieder Frau Welge, Oberbürgermeisterin in Gelsenkirchen.

Sie ist abhängig von der Leistungsfähigkeit ihrer eigenen Beschäftigten.

Das hat ihr noch niemand gesagt.

Ihre Sorge gilt der Leistungsfähigkeit ihrer Kasse!

Das Problem darf sie gern anderswo lösen.

Aber dann kann sie uns kaum vorwerfen, dass wir uns auch um **unsere Kasse** kümmern.

Wir fordern ein Volumen von 8% mehr, mindestens 350.- Euro.

Anhebung der Zuschläge und Zulagen, die zum letzten Mal erhöht wurden, als ich noch schwarze Haare hatte.

Ganz gelangweilt und abschätzig haben die Arbeitgeber „angeboten“:

2% bei einer Laufzeit von 3 Jahren.

Ja - die Inflation ist zur Zeit gering.

Ich habe mir aber mal den Warenkorb angesehen: u.a. Butter.

Mein Lieblingsbeispiel. 4 Euro kostet ein halbes Pfund im goldenen Papier.

Vermutlich Blattgold.

Preissteigerung in einem Jahr: 30%.

OK - kein Mensch ist gezwungen, Butter zu essen. Stimmt.

Man kann auch Achsenfett oder Kupferpaste nehmen. Schmeckt nur nicht.

Ich kann auch empfängerorientiert sprechen, damit ich verstanden werde, falls Frau Welge zuhört.

Es kommt ja immer darauf an, in welcher Welt man lebt.

Lieber Arbeitgeberverband: Der Preis für eine Unze Gold ist innerhalb eines Jahres um 1.000 Euro gestiegen.

Ja, jetzt verstehen wir uns.

Das tut weh, oder?

Uns wird Lebensqualität genommen, darum geht's.

Und um Gerechtigkeit.

Die ganze Welt um uns herum ist verrückt geworden.

Wenn Probleme schlimm werden, braucht man den öffentlichen Dienstes, um das Leben

in den Städten weiter funktionieren zu lassen.

Dann hoffen alle, dass der öffentliche Dienst funktioniert.

Memento Corona.

Dann müssen genug Menschen da sein, die professionell Sicherheit bieten.

Und damit sind wir wieder bei der eigentlichen Aufgabe der Arbeitgeber, bei fehlenden Fachkräften.

Die Fachkräfte müssen bei uns arbeiten *wollen*, und dazu müssen faire Bedingungen geschaffen werden.

Da geht's auch um die Frage, wie denn die Arbeitgeber mit Beschäftigten umgehen.

Dann sagt die Präsidentin der Kommunalen Arbeitgeber-Verbände:

Nö. Es gibt nix. Der öffentliche Dienst muss sich hinten anstellen.

Erst kommt die Wirtschaft.

Liebe Arbeitgeber, nur mal so: Hab ich kein Geld, kauf ich nix!

Da kann die Wirtschaft produzieren wie sie will, das landet alles auf Halde.

Finde den Fehler!

Kolleginnen und Kollegen, die Verweigerung der Arbeitgeberverbände ignoriert nicht nur unsere Leistung, sie gefährdet nebenbei die Zukunft unserer Städte. Deshalb sagen wir heute laut und deutlich: Mehr Geld! Mehr Urlaub!

Mehr Wertschätzung für unsere Leistung!

Wir kämpfen hier heute gemeinsam für Fairness und Zukunft.

Wenn die Arbeitgeber wirklich testen wollen, wie stark wir gemeinsam sind, werden sie schlimme Dinge erleben.

Zusammen geht mehr!

Glückauf.